

Von unserer Redakteurin
Petra Müller-Kromer

Lotte Ellinger ist 86 Jahre alt. Seit ihr ein Bein amputiert wurde, ist sie auf den Rollstuhl angewiesen. Nichtsdestotrotz lebt die Seniorin noch daheim in ihrem Bungalow in Lauffen, in dem sie mit ihrem Mann fünf Kinder großgezogen hat. Möglich macht das Maja, die lieber anonym bleiben möchte. Jeweils für zwei Monate kommt die 52-Jährige aus der polnischen Heimat, um in Deutschland „zu putzen, zu kochen, einzukaufen – wie zu Hause“. Nach zwei Monaten wird sie abgelöst von einer Kollegin.

Die Seniorin braucht den ganzen Tag Gesellschaft, sollte möglichst nur kurz alleingelassen werden, sagt ihre Tochter, Dorothee Ellinger. Nur am Samstag hat Maja frei, da fährt sie mit dem Rad nach Heilbronn, und die Kinder kümmern sich um ihre Mutter. Der gefällt das Leben mit Maja besser als das Heim, in dem sie kurzfristig untergebracht war. „Um zwei Uhr Kaffeezeit, um 17 Uhr Abendessen. Das war sehr unfrei.“ Teurer sei es auch gewesen.

Viel Geld An diesem Morgen rüstet sich Maja für einen Spaziergang mit ihrem Schützling. „Ein bisschen raus, gute Luft“, sagt sie. Sie arbeitet hier, damit ihre Tochter in Danzig studieren kann. „Kostet alles viel Geld. Zwei Wohnungen, Studium, Essen, Möbel, Bücher“, zählt sie auf. In Polen würde sie weniger verdienen. 1500 Euro bekommt sie hier für ihre Arbeit im Monat, die Stuttgarter Agentur Mecasa arbeitet mit dem polnischen Büro zusammen, bei dem sie unter Vertrag steht. Günstig ist ihr Einsatz für die Familie nicht. 2400 Euro zahlt sie im Monat.

Rund 3,3 Millionen Menschen werden laut Statistischem Bundesamt zu Hause gepflegt. Meist von osteuropäischen Hilfskräften. Sie werden von Agenturen vermittelt, die oft mit 24-Stunden-Pflege werben. Jetzt hat das Bundesarbeitsgericht geurteilt, dass die Kräfte auch für ihre Bereitschaftszeit entlohnt werden müssen. Denn meist leben sie im Haus der älteren Menschen, da ist Abgrenzung schwierig.

„Das Urteil ist eine Aufwertung der Pflege Zuhause, sie wird damit aus ihrem Schattendasein herausgeholt“, sagt Stefan Schneider, Regionalleiter der Caritas Heilbronn-Hohenlohe und Vorsitzender der Liga



Rund 700 000 Hilfskräfte aus Osteuropa unterstützen Pflegebedürftige im Alltag, schätzt der Verband für häusliche Betreuung.

Foto: thodonal/stock.adobe.com

Pflegekräfte arbeiten oft illegal

REGION Nach Urteil zum Mindestlohn: Experten befürchten weitere Zunahme der Schwarzarbeit

der freien Wohlfahrtsverbände im Stadt- und Landkreis Heilbronn.

Auch die bundesweit agierenden Pflegehelfer mit rund 3000 Hilfskräften werben mit 24-Stunden-Pflege. „Natürlich muss nach einem nächtlichen Einsatz ein Ausgleich stattfinden“, sagt Heike Farkas von den Pflegehelfern Heilbronn mit Sitz in Bad Rappenau: „Leibeigenschaft und Sklavenhaltung sind in Deutschland abgeschafft.“ Ihre Prognose: „Unser Gefühl ist, dass sich mehr Menschen an der Schwarzarbeit orientieren werden.“ Das sei in Gebieten mit ländlicheren Strukturen, etwa im Neckar-Odenwald-Kreis, ein massives Problem.

Urteil Nicht nur dort, weiß Frederic Seebohm, Geschäftsführer des

Angespannte Personalsituation

In dem wegweisenden Urteil des Bundesarbeitsgerichts hatte eine bulgarische Hilfskraft darauf geklagt, dass sie auch in ihrer **Bereitschaftszeit** nachts den Mindestlohn erhält und recht bekommen. Das Urteil könnte für Famili-

en auch bedeuten, dass sie rückwirkend Lohn zahlen müssen. Pflege-Agenturen können heute schon kaum den Bedarf an Kräften decken. Die Personaldecke sei äußerst angespannt, sagen Vertreter in der Region. *amo*

Bundesverbands häusliche Betreuung und Pflege. „Das Urteil ändert gar nichts“, prognostiziert der Jurist. 90 Prozent der Beschäftigten seien illegal tätig, die zehn Prozent, die legal arbeiten, seien meist entweder selbstständig, als freie Gewerbetreibende. Oder sie arbeiteten als entsandte Arbeitnehmerähnliche mit Sozialversicherungsschutz ihrer häufig polnischen

einen Legalisierungsschub auslösen.“ In Deutschland sei Betreuung in häuslicher Gemeinschaft kaum mit dem Arbeitsrecht vereinbar. „Sonst bräuhete man vier Vollzeitkräfte, die dann monatlich 12000 Euro kosten.“

Das ist nicht machbar ist, ist Oliver Weiss klar. Der Gründer des Vermittlungsdienstes Mecasa, der Familie Ellinger betreut, sagt: „Wenn Nachteinsätze nötig sind, fragen wir uns, ob sich das für uns überhaupt möglich ist.“ Man prüfe, ob ein Toilettenstuhl helfen könne und ob Medikamente zu Schlafstörungen führten. „Manchmal haben wir auch Ehepaare im Einsatz. Die Kosten für zwei Vollzeitstellen liegen bei 5000 Euro monatlich.“

Meinung, **„Klarer Auftrag“**

Meinung



Von Petra Müller-Kromer

Nach dem Urteil zur Pflege braucht es eine neue gesetzliche Regelung, meint unsere Redakteurin.

Klarer Auftrag

Zur 24-Stunden-Pflege hat das Bundesarbeitsgericht ein klares Urteil gefällt: Nächtliche Bereitschaft muss vergütet werden. Das ist für einen geordneten Markt begrüßenswert, birgt aber auch die Gefahr, dass der eine oder andere in die illegale Beschäftigung ausweicht. Schätzungen zufolge sind bis zu 700 000 Arbeitnehmer in der häuslichen Altenbetreuung tätig. Meist kommen sie aus Osteuropa, entlasten Angehörige und Heime, nehmen Druck aus dem angespannten Pflegesystem. Schon heute gibt es zu wenig Heimplätze, von Pflegern und Pflegerinnen ganz zu schweigen. Die Situation wird sich verschärfen.

Jetzt muss der Richterspruch praktische Folgen nach sich ziehen. Bislang sind eine klare politische Linie und Konsequenzen nicht in Sicht. Diejenigen Hilfskräfte, die legal angemeldet sind, sind meist als freie Mitarbeiter ihrer osteuropäischen Entsendefirmen tätig. Wer rund um die Uhr an seinem Arbeitsplatz zugegen ist, bei dem sind die Übergänge zwischen Privatleben und Job fließend.

Doch nach Schätzungen arbeiten 90 Prozent der Hilfen illegal, sind in keiner Weise durch Mindeststandards vor Ausbeutung geschützt. Besonders im ländlichen Raum ist das ein Problem, auch in der Region. Wenn das Urteil einen Schub Richtung Schwarzarbeit zur Folge hat, wäre das fatal. Schon lange wirbt der Verband häusliche Betreuung für das österreichische Modell. Dort sind die meisten Hilfskräfte selbstständig, haben aber bestimmte Ansprüche, etwa auf Ruhepausen und Urlaub. Hierfür müsste in Deutschland das Arbeitsrecht geändert werden. Dann gibt es mehr legale Arbeitsverhältnisse, der Schwarzarbeit wird ein Riegel vorgeschoben. Das Bundesarbeitsgericht hat die rechtliche Grundlage geschaffen. Jetzt muss der Gesetzgeber die Lücke schließen. Das ist ein klarer Auftrag für die kommende Legislaturperiode.

@ Ihre Meinung?

petra.mueller-kromer@stimme.de

Rückenwind für Schüler ist bislang eher eine Flaute

Kultusministerium nennt Rektoren keine Details zu besonderem Förderprogramm, das nach den Ferien anlaufen soll

Von unserem Redakteur
Simon Gajer

REGION „Eineinhalb Seiten nichts.“ Mit diesen Worten beschreibt ein Schulleiter aus der Region einen Brief, der dieser Tage aus dem Kultusministerium gekommen ist. Eigentlich sollte es darin um Details zum Förderprogramm „Lernen mit Rückenwind“ gehen. Mehr als eine Vorabinformation, so heißt es aus der Schule, sei das aber nicht. Die Zeit drängt, um rechtzeitig das Personal für das Projekt zu bekommen.

Enttäuschung Zumindest in einer Pressemitteilung aus dem Kultusministerium wird Großes versprochen. Kultusministerin Theresa Schopper (Grüne) wird darin zitiert: „Lernen mit Rückenwind ist ein umfangreiches Maßnahmenpaket, mit dem wir sicherstellen wollen, dass Schülerinnen und Schüler wieder Anschluss finden.“ In der Region fallen viele Reaktionen verhalten aus. „Das ist relativ dürrig“, ist Christoph Eberlein enttäuscht. Der Vorsitzende des Gesamtelternbeirats

Heilbronn begrüßt zwar, dass die Förderung über zwei Jahre dauern soll. „Es fehlen aber die Details“, sagt er. „Ich bin fassungslos.“ Die Pandemie dauere nun schon fast ein Jahr, und kurz vor den Sommerferien sei nur eine Ankündigung gekommen. „Ich hatte mehr erwartet.“ Er wünscht sich zudem einen Regierungsgipfel mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Die Schulen bräuheten mehr Lehrer.

Das Kultusministerium gibt selbst zu, dass für das Bund-Länder-Programm die Schulen zusätzliche Unterstützung benötigen. Um die Schulen bei der Suche nach geeigneten Personen und Kooperationspartnern zu unterstützen, soll deshalb ein Registrierungsportal erarbeitet werden. Die Grund- und Gemeinschaftsschule in Gemmingen macht bereits mit einem Jugendlichen gute Erfahrung, der am Bundesfreiwilligen-Dienst teilnimmt. Rektor Christian Mair sagt aber: Der Erfolg des neuen Förderprogramms „steht und fällt mit Personen, die ein pädagogisches Gespräch



Viele Kinder und Jugendliche brauchen Hilfe: Das Land will an Schulen ein zweijähriges Förderprogramm auflegen.

Foto: vejaa/stock.adobe.com

haben.“ Ob es gelingt, bis zum neuen Schuljahr die externe Hilfe zu bekommen? „Ich wünsche es mir“, sagt Christian Mair.

Das Land will den Fokus auf jene Klassenstufen, die für eine Schulwegeentscheidung relevant sind: Viertklässler, Neunt- und Zehntklässler sowie die Jahrgangsstufen an den Gymnasien. Christian Mair

hätte es begrüßt, könnten die Schulen vielmehr selbst eigene Schwerpunkte setzen.

Klaus Pfeil, der die Realschule in Güglingen leitet, bedauert, dass wieder nur in den Fächern Deutsch, Mathe und Englisch auf die grundlegenden Kompetenzen geschaut werden soll. „Eigentlich müsste man bei jedem Schüler individuell

prüfen, wo Förderbedarf besteht.“ In etwas über einer Woche beginnt die sechseinhalbwöchige Auszeit: In den Ferien Personal zu finden, sei zeitlich eng.

Marco Haaf, der als Sprecher die Schulleiter von Gymnasien in der Region vertritt, sieht das genauso. Er wünsche sich wenigstens Informationen, wann mit endgültigen Details zu rechnen sei. Dann könne man sich den Zeitraum freihalten.

Berufswunsch Carolin Jesser, Rektorin der Luise-Bronner-Realschule Heilbronn, findet das Programm eine gute Sache. Sie begrüßt beispielsweise, dass Schüler auch in ihren sozial-emotionalen Fähigkeiten gestärkt werden sollen. Bei jedem Schüler müsse man individuell prüfen, wo Schwächen lägen. „Kein Abschluss ohne Anschluss“: Das ist ihr genauso wichtig. Im Corona-Jahr seien aber Praktika weggefallen. Mancher Jugendliche wisse deshalb nicht, wohin es beruflich gehen solle. Letztendlich sei beim Förderprogramm eines wichtig: „Ohne Personal geht es nicht.“

Teenager streiten mit der Polizei

HEILBRONN Auf einer Heilbronner Polizeidienststelle ging für einige Teenager der Freitag- beziehungsweise Samstagabend zu Ende.

Zuvor hatte es am Samstagabend in der Sülmerstraße einen handfesten Streit gegeben. Als die Polizeistreife eintraf, flüchteten die meisten der rund 20 Beteiligten. Einen 18-Jährigen konnten die Beamten kontrollieren, doch dieser kam den Anweisungen nur widerwillig nach und stachelte seine Freunde sowie Passanten an. Weil er auch dem Platzverweis trotz mehrmaliger Aufforderung nicht nachkam, nahm ihn die Streife schließlich in Handschellen mit auf die Dienststelle.

Bereits am Freitag hatten rund 20 Teenager am Skaterpark an der Theresienstraße randaliert und die alarmierte Streife beschimpft. Bei der Personenkontrolle beleidigte ein 18-Jähriger die Beamten. Als die Einsatzkräfte den Platz räumten, schlug zudem ein 17-Jähriger nach einem der Polizisten. Beide Teenager mussten mit zur Dienststelle, wo die Polizeibeamten weiterhin beleidigt wurden. Die beiden jungen Männer wurden schließlich von Familienangehörigen abgeholt. *red*